

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 120408  
Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 0886 846 pbbn d

## Inhalt

Günther Jansen MdB, Landesvorsitzender der SPD Schleswig-Holstein, fordert die SPD auf, ihre Chancen für 1987 wahrzunehmen: Die eingefahrene "Gruppenwirtschaft" überwinden. Seite 1

Oskar Lafontaine stellt fest, daß die Friedensrevolution hinter den US-Hirtenbrief zurückfällt: Verwässerte Entschließung. Seite 3

Klaus Kübler MdB sieht neuen Streit in der Rechtspolitik: Die CSU schlägt die FDP und meint den Kanzler. Seite 4

Heinz Galinski erinnert an den 8. Mai 1945: Tag der Befreiung. Seite 5

Klaus Daubertshäuser MdB warnt: Dollinger redet die Bahn kaputt. Seite 6

Jan Oostergetelo beschreibt, wie die Europa-Abgeordneten der Union gegen Minister Kiechla arbeiten: Die Widersprüche aufheben! Seite 8

Wilhelm Wiegrefe weist auf ein neues Beispiel dafür hin, daß der Berliner Innensenator ein gebrochenes Verhältnis zum Rechtsstaat hat: Grundrechte hin oder her. Seite 9

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0228) 812-1

38. Jahrgang / 88

9. Mai 1983

Die eingefahrene "Gruppenwirtschaft" überwinden  
-----  
Sozialdemokraten müssen ihre Chance für 1987 wahrnehmen

Von Günther Jansen MdB  
Landesvorsitzender der SPD Schleswig-Holstein

Aus den Ergebnissen bei der Bundestagswahl vom 6. März und der Landtagswahl in Schleswig-Holstein eine Woche später lassen sich für die Zukunft zwei Schlüsse ziehen. Die erste Schlußfolgerung ist: Die deutsche Sozialdemokratie kann sehr bald absolute Mehrheiten erreichen, wenn sie konkrete, von den Arbeitnehmern nachvollziehbare Antworten auf die wirtschaftspolitischen Probleme gibt, vor allem darauf, wie sie die Massenarbeitslosigkeit überwinden will, wenn sie unmißverständliche Positionen in der Friedens- und Umweltpolitik bezieht und wenn sie zu einer offeneren Parteilarbeit (zurück-)findet. Zum Zweiten: Die SPD muß den Neuanfang in Bonn auch als Chance begreifen und nutzen, die eingefahrene "Gruppenwirtschaft" in der Bundestagsfraktion sowie auf der Parteebene zu überwinden.

Es wäre fatal, wenn wir in der innerparteilichen Diskussion die Fehler als Oppositionspartei wiederholten, die uns als Regierungspartei viel an Glaubwürdigkeit gekostet haben. Darüber hinaus besteht heute weitaus weniger Profilierungsbedarf für einzelne Positionen in der Partei als



zu den Zeiten von Regierungs- und Koalitionszwängen. Sogenannte linke oder rechte Diskussionszirkel in der Partei gehören ins Vorfeld und nicht an die Spitze der innerparteilichen Meinungsbildung.

Mehr als in der Vergangenheit müssen Ortsvereine, Kreise oder Unterbezirke, Bezirke und Landesverbände an Grundsatzdebatten und Beschlüssen der Bundespartei Anteil haben und auf diese Einfluß nehmen. Wer sich in der jetzigen Situation der SPD als Richtungsfeuer betätigt, der sollte bei jeder flammenden Rede daran denken, daß die SPD jetzt keine Strohfeder in den eigenen Reihen braucht, sondern all ihre Kraft auf ein starkes gesellschaftliches Gegengewicht zur Kohl-Strauß-Genscher-Regierung konzentrieren muß.

Weder die aktuelle Bekämpfung der Arbeitslosigkeit noch der Umweltschutz oder Fragen der Abrüstung sind geeignet, nach den traditionellen Denkmustern linker oder rechter Gruppierungen in der SPD diskutiert und gelöst zu werden. Die Partei hat die Pflicht, die Oppositionspolitik Hans-Jochen Vogels in Bonn sowohl gegenüber der neuen Bundesregierung als auch gegenüber den "Grünen" durch klare Positionen zu unterstützen, die von der gesamten Partei legitimiert sind. Das bedeutet: Beschlüsse der Partei müssen unmißverständlicher als bisher formuliert, grundsätzliche Aussagen durch klare und konkrete Handlungsanweisungen zu aktuellen Projekten ergänzt werden.

So ist es möglich, zum Beispiel die Gesamtproblematik der Energiepolitik oder der Rüstungsbegrenzung durchaus als komplizierte Politikbereiche darzustellen, in denen Sachkompromisse unumgänglich sind, und trotzdem klare Antworten zum "Schnellen Brüder" in Kalkar oder zur Stationierung amerikanischer Mittelstrecken-Raketen auf deutschem Boden ebnen. Das relativ gute Wahlergebnis der SPD Schleswig-Holstein ist zumindest zum Teil auch darauf zurückzuführen, daß wir durch Björn Engholm und die Landespartei in vielen Fragen deutlicher gesprochen haben als das der Bundespartei offensichtlich möglich war.

Wenn wir unsere Chancen 1987 in Bonn und Kiel nutzen wollen, dann müssen wir heute mit der Arbeit beginnen. Nicht mit Plakaten oder griffigen Slogans, sondern mit der Beweisführung, daß die SPD die bessere Politik macht, die Sorgen und Probleme der Bürger aufgreift und ernst nimmt und einen besseren, liberalen Umgang mit ihnen pflegt.

(-/9.5.1983/ks/rs)

+ + +



Verwässerte EntschlieÙung  
-----

Freeze-Resolution fällt hinter US-Hirtenbrief zurück

Von Oskar Lafontaine  
Mitglied des SPD-Vorstandes  
Vorsitzender der SPD-Saarland

Die Freeze-EntschlieÙung des US-Repräsentantenhauses ist im Grundsatz zu begrüÙen. Ich bedauere jedoch zugleich, daÙ es der amerikanischen Rüstungslobby gelungen ist, diese EntschlieÙung zu verwässern.

Ehe man über Rüstungsabbau reden kann, muß es gelingen, einen Stopp der atomaren Rüstung zu vereinbaren. Insofern ist die Argumentation der Freeze-Gegner unlogisch.

Das Ausklammern der amerikanischen U-Boot-Waffen, die Absichtserklärung neue Waffensysteme zu entwickeln sowie die Entscheidung, die "Modernisierung" der Atomwaffen in Europa weitergehen zu lassen, läÙt die Freeze-Resolution weit hinter den Hirtenbrief der amerikanischen Bischöfe zurückfallen.

Die sogenannten Abrüstungsvorschläge der Reagan-Administration für die START-Verhandlungen laufen darauf hinaus, die bisher von den Weltmächten erreichten stabilisierenden Absprachen zu durchbrechen. Wer Cruise Missiles installiert, macht eine Überprüfung der atomaren Rüstung unmöglich, wer Präzisionsraketen mit kurzen Flugzeiten gegenüber den Zentren der anderen Weltmacht in Stellung bringt, gefährdet den Weltfrieden. Die Entwicklung von Erstschlagwaffen zerstört die mühsam erreichte Stabilität der Abschreckung. Die Freeze-Resolution ist ein AnlaÙ darauf hinzuweisen, daÙ von der Themenstellung her die Genfer Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen in Europa und die Verhandlungen über strategische Systeme nicht von einander zu trennen sind.

Ich plädiere in diesem Zusammenhang erneut dafür, daÙ die Sowjetunion in Anlehnung an die Ergebnisse des SALT-2-Vertrages auf Reagans Nulllösung eingeht und im Gegenzug ein Verbot land- und seegestützter Cruise Missiles mit größerer Reichweite - wie im Protokoll zum SALT-Vertrag bereits vereinbart - durchsetzt. Nur so wird den Kriterien von Stabilität und Verifizierbarkeit Rechnung getragen. Andere "Zwischenlösungen" sind mit zwingender Notwendigkeit ein Auftakt zu weiterem Rüstungswettkampf.

(-/9.5.1983/ks/ca)

+ + +



**Neuer Streit in der Rechtspolitik?**  
-----

Die CSU schlägt die FDP und meint den Kanzler

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Mitglied des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages

Bahnt sich ein neuer Konflikt in der CDU/CSU/FDP-Regierungskoalition - diesmal in der Rechtspolitik - an, weil das Kanzleramt eine große Zahl von rechtspolitischen Vorhaben der Regierung Helmut Schmidt wieder und unverändert ins parlamentarische Gesetzgebungsverfahren eingebracht hat. Schon hört man herbe Kritik bei der CSU. Wird sich hier der CDU-Kanzler durchsetzen, oder wie bei der deutsch-deutschen Politik der CSU-Ministerpräsident, dessen Attacken letztlich zur Besuchsabsage von Honecker führten und der damit Kohl seine innerdeutsche Politik unter den Füßen weggeschlagen hat?

Es wird sich zeigen, ob Kohl als Kanzler die Richtlinien der Politik bestimmt oder Strauß. Auch wenn die CSU und Strauß möglicherweise zunächst den FDP-Justizminister angehen werden, so ist damit doch Kohl gemeint. Genauso wie beim Streit um die deutsch-deutsche Politik die FDP nun als die eine Seite eines Stellvertreter"krieges" herhalten mußte, wäre eine Auseinandersetzung zwischen Engelhardt und der CSU ebenfalls nur eine Stellenvertretersituation. Man schlägt den Sack und meint den Esel.

Strauß benutzt und wird auch in der Zukunft genauso die FDP benutzen, um Kohl rechtspolitisch zu bekämpfen, um dessen Führungsqualitäten in Frage zu stellen. Die FDP ist für Strauß dazu ein nützlicher Idiot. Glaubt die FDP wirklich, daß sie in der Koalition eigenständige Politik machen kann? Ganz abgesehen davon, daß bei dieser Situation liberale Rechtspolitik auf der Strecke bleibt. (-/9.5.1983/ks/ca)

+ + +



8. Mai - Tag der Befreiung  
-----

Der "Tag des Zusammenbruchs" war der 30. Januar 1933

Von Heinz Galinski

Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Zum 38. Mal jährte sich am 8. Mai der Tag des Endes der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und des Zweiten Weltkrieges in Europa. Als Tag der Befreiung ist er in die Geschichte eingegangen, und nicht allein mit dem Blick auf unser Jahrhundert gilt, daß der 8. Mai 1945 eines der wichtigsten historischen Daten überhaupt ist. Seine Bedeutung umfaßt verschiedene Aspekte, und je nach der damaligen Situation des Betrachters wird der eine oder andere Aspekt in den Vordergrund gestellt.

Für uns besitzt dieser Tag ein ganz besonderes Gewicht, das mit der Bezeichnung "Tag der Befreiung" durchaus nicht falsch charakterisiert wird, jedoch noch nicht alles zum Ausdruck bringt, was die jüdische Gemeinschaft den Vorgängen jenes Tages vor 38 Jahren zu verdanken hat. In der Epoche des Grauens, die mit dem 8. Mai 1945 ihren Abschluß fand, ging es für jüdische Menschen nicht allein um Freiheit oder Knechtschaft, sondern um Leben oder Tod. Sechs Millionen Juden, das heißt ein Drittel des jüdischen Volkes, waren dem nationalsozialistischen Völkermord zum Opfer gefallen, und bei einem anderen Ausgang des Zweiten Weltkrieges wären alle jüdischen Menschen und unzählige andere Völker von diesem furchtbaren Schicksal betroffen worden.

Die Befreiung von einem Regime beispielloser Knechtschaft brachte der 8. Mai 1945 endgültig all den Völkern, die im Laufe der zwölf vorangegangenen Jahre in den Machtbereich des Nationalsozialismus geraten war. Dies gilt auch - und keineswegs zuletzt - für das deutsche Volk. Den in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich West-Berlins lebenden Deutschen müßte dies eigentlich ohne weiteres einleuchten. Sie leben unter freiheitlichen Verhältnissen, von denen Menschen in so manchen anderen Ländern nur träumen, und es ist, weil unschwer zu erkennen, allgemein bekannt, daß der vollständige Sieg der Alliierten über die nationalsozialistische Diktatur die unabdingbare Voraussetzung für das Entstehen unserer demokratischen Ordnung war.

Dennoch sehen viele Menschen in unserem Teil Deutschlands den 8. Mai 1945 nicht als Tag der Befreiung an. Sie sprechen von ihm als vom "Tag des Zusammenbruchs" und verschließen sich der Erkenntnis, daß eine solche Charakterisierung in Wahrheit auf den 30. Januar 1933 anzuwenden ist. Denn der Tag, da die Nationalsozialisten zur Macht gelangten, bedeutete den Zusammenbruch politischer Vernunft in Deutschland und der menschlichen Gesittung im öffentlichen Leben dieses Landes. Die Folgen spüren wir noch heute. Zu ihnen gehören die Teilung Deutschlands einschließlich der Spaltung Berlins und viele ungelöste Weltprobleme nicht nur im Nahen Osten.

Die Bedeutung jenes Tages und der Situation unserer Zeit würde man allerdings nicht gerecht, wenn man so täte, als enthalte der 8. Mai 1945 nicht auch Lehren für andere Völker. Daß nicht ein früheres Datum das Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft mit sich brachte und daß es so gewaltiger Anstrengungen und so zahlreicher Opfer bedurfte, um dieses Ende herbeizuführen, lag daran, daß große Teile der Weltöffentlichkeit das wahre Wesen der nationalsozialistischen Diktatur erst sehr spät erkannten und daß Solidarität mit ihren frühen und ersten Opfern lange Zeit sehr klein geschrieben wurde.

Heute wie damals steht die Menschheit an einem Scheideweg, möge sie der Richtung folgen, die aus der gegenwärtigen internationalen Krise hinausführt.

Es geht heute mehr denn je um die Erhaltung des Friedens. Die jüdische Gemeinschaft weiß, was Krieg bedeutet. Dazu bedarf es keiner langen Resolutionen.

Frieden ist, wenn dieser Begriff seine umfassende und damit eigentliche Bedeutung erhalten soll, von Freiheit und Recht nicht zu trennen. (-/9.5.1983/ks/ca)

+ + +



Dollinger redet die Bahn kaputt

Der Verkehrsminister gibt die Bundesbahn zur Ausschlichtung frei

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Mitglied des Vorstandes der SPD-Bundestagsfraktion

Selten hat ein Bundesverkehrsminister in so kurzer Zeit soviel Widersprüchliches über die Deutsche Bundesbahn verlautbart. Man hat fast den Eindruck, Herrn Dollinger genügten die vorhandenen Strukturprobleme der Bahn noch nicht und er wolle deshalb die Bahn auf schnellstem Weg "kaputtreden". Unbestritten ist, daß seine verschiedenen Ankündigungen von einer "totalen Änderung der Deutschen Bundesbahn-Politik", einer "notwendigen radikalen Kur" und eines "zwingenden Personalabbaus" zu einer noch nie dagewesenen Demotivierung bei den Beschäftigten der Deutschen Bundesbahn führten.

Mit der unzulässigen Verkürzung der breit gefächerten Strukturprobleme der Deutschen Bundesbahn allein auf die Sektoren Personalabbau und Streckenstilllegungen läßt der Bundesverkehrsminister jegliche konzeptionellen Ansätze vermissen und hat offensichtlich bereits die "weiße Fahne" der Kapitulation vor dem Finanzminister gehißt und damit das Unternehmen Deutsche Bundesbahn zur "Ausschlichtung" freigegeben.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich mit Entschiedenheit gegen diese Wende, die ausschließlich auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden soll, zur Wehr setzen.

Unsere Eisenbahner und die gesamte deutsche Verkehrswirtschaft benötigen ein zukunftsgerichtetes Konzept, welches der Deutschen Bundesbahn ihren Platz im deutschen und im europäischen Verkehrsmarkt sichert und den Eisenbahnern Mut und Zukunftshoffnung gibt.

Die Deutsche Bundesbahn ist für uns ein unverzichtbarer Verkehrsträger. Sie hat ihre verkehrspolitische Bedeutung, weil sie sicher, umweltschonend und energie günstig fährt.

Kein Patentrezept kann die strukturell angewachsenen Probleme bei der Deutschen Bundesbahn lösen. Für die Zukunft benötigt die Deutsche Bundesbahn jedoch eine Gesamtkonzeption, die

- den besonderen Stellenwert der Bahn unterstreicht,
- auf der hohen Leistungsfähigkeit der Deutschen Bundesbahn aufbaut,
- die Grundlagen für eine solide Finanzierung der Bundesbahn liefert,
- die Arbeitsplätze sichert.

Die Deutsche Bundesbahn der Zukunft darf keine staatliche Abfertigungsbehörde mit Alleinbeförderungsanspruch sein, sondern muß sich als das um den Kunden werbende Dienstleistungsunternehmen verstehen, das die Zusammenarbeit mit anderen Verkehrsträgern sucht.



Die Deutsche Bundesbahn und das Güterverkehrsgewerbe benötigen eine gemeinsame Strategie, um endlich das Anwachsen des Werkfernverkehrs einzudämmen.

Im Rahmen eines Gesamtverkehrskonzepts werden wir unsere Vorstellungen unterbreiten. Schwerpunkte für unsere mittelfristige Bundesbahnpolitik sind:

- Sicherung der Investitionen,
- ausreichende Bundesmittel zur Abgeltung der politisch gewollten Leistungen,
- Lösung der Schuldenproblematik,
- Weiterentwicklung der Unternehmensverfassung,
- deutlichere Gestaltung der Transparenz der Verantwortung von Staat und Deutsche Bundesbahn.

Hier ist nicht nur die Bundesregierung, sondern auch der Deutsche Bundestag sowie alle politischen Entscheidungsträger gefordert. Die Gesamtpolitik ist aufgefordert, diese politischen Entscheidungen über den Stellenwert des Unternehmens Deutsche Bundesbahn im Rahmen eines Gesamtverkehrskonzepts zu formulieren.

Bundesverkehrsminister Dollinger möchte ich ins Stammbuch schreiben: "Die derzeit schwierige Finanzlage des Bundes und der Deutschen Bundesbahn bieten die Chance, den Zwang zum Handeln zu nutzen und die Weichen für eine zukunftsgerichtete Verkehrspolitik zu stellen."

Herr Verkehrsminister Dollinger, die Bahn hat bei Ihrem Finanzpoker mit Herrn Stoltenberg nur dann eine Chance, wenn Sie den Mut und die Ideen für eine gestalterische Bahnpolitik aufbringen und endlich Abschied nehmen von Ihrer bahnschädigenden "Ausschlachtungsrederei".

(-/9.5.1983/ks/ca)

+ + +



**Die Widersprüche aufheben!**  
-----

**Die Europaabgeordneten der Union arbeiten gegen Minister Kiechle**

Von Jan Oostergetelo MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten  
Mitglied des Agrarausschusses beim SPD-Vorstand

Auch in der Plenarsitzung vom Donnerstag hat sich der Bundesfinanzminister nicht enthalten können, das inzwischen bis zum Überdruß strapazierte Wort der "finanziellen Erblast" als Grund dafür anzuführen, die unsozialen und unter dem Aspekt der Kaufkraftverkürzung zumindest fragwürdigen Sparmaßnahmen zu begründen. Sei es, wie's sei, Sparen und "finanzielle Konsolidierung" ist also wohl für diese Regierung Maxime ihres Handelns.

Nur, bis ins Landwirtschaftsministerium scheint diese Erkenntnis noch nicht vorge-  
drungen zu sein. Wie sonst wäre es zu verstehen, daß zwar Sparankündigungen zu Lasten  
von Schülern, Studenten, Rentnern und Arbeitslosen rigoros durchgezogen werden, die  
schockierenden Nachrichten aus Brüssel zur exorbitanten, nicht erwarteten Ausgaben-  
steigerung im Agrarbereich in Bonn bisher - meines Wissens - keinerlei Reaktion be-  
wirkt haben. Schließlich ist abzusehen, daß ein großer Teil der drohenden Mehraus-  
gaben auf den bedeutendsten Zahler der Gemeinschaft, also auf uns, zurückfallen.  
Aber nicht nur im Finanzbereich regiert nach der Wende allein der konzeptionsfreie  
Widerspruch.

So stimmen die Europa-Abgeordneten der CDU zusammen mit den übrigen Konservativen  
für sieben Prozent Preisanhebung, CSU-Minister Kiechle in seiner Eigenschaft als  
Ratspräsident müht sich hingegen, gerade dies zu verhindern. Und wann endlich wird  
etwas für die kleinen und mittleren Betriebe im unteren Einkommensbereich getan?  
Laut Ankündigung will der neue Landwirtschaftsminister zwar für diese Gruppe etwas  
tun, in der politischen Praxis setzt er jedoch weiter auf ein System, das die um-  
satzstarken und sowieso ertragsstarken Betriebe mit jeder Preisrunde erneut über  
Gebühr bevorzugt.

Es bleibt nur die Hoffnung, daß Minister Kiechle - dessen bestes Wollen für mich außer  
Zweifel steht - sobald er länger im Amt ist, auch durchsetzen kann, was er persönlich  
für richtig hält. Es muß ja nicht gleich ein vollständiges Programm sein, für's  
erste würde die Aufhebung der Widersprüche von Reden und Tun in den Finanzfragen  
schon genügen.  
(-/9.5.1983/ks/ca)

+ + +



"Grundrechte hin oder her..."

Der Berliner Innensenator hat ein gebrochenes Verhältnis zum Rechtsstaat

Von Dr. Wilhelm Wiegreffe

Sprecher der SPD Berlin

Berlins Innensenator Heinrich Lummer (CDU) ist wieder einmal von sich selber eingeholt worden. Während einer Diskussion des Verwaltungs-Juristentages in Berlin über den Zusammenhang von Ausländerpolitik, grundgesetzlichen Schutz der Familie und Zuzugsbeschränkungen für Ausländer verlor Lummer - zum wievielten Male in seiner Amtszeit eigentlich - die Kontrolle über seine instinktiven Regungen und platzte heraus: ...irgendwo müßten zahlenmäßige Eingrenzungen vorgenommen werden, "G r u n d r e c h t e h i n o d e r h e r..."

Niemand bestreitet, daß die Frage der Integrationspolitik in einem engen Zusammenhang steht mit der Zahl der hier lebenden Ausländer. Doch Lummer hat den Eindruck erweckt, als könne und dürfe man schwerwiegende Probleme gegebenenfalls auch am Grundgesetz vorbei lösen. Seine Äußerung "Grundrechte hin oder her..." ist mehr als eine verbale Entgleisung. Sie spricht Bände über die Mentalität eines Politikers, dem es als Innensenator obliegt, oberster Schützer der Verfassung zu sein.

Wie eigentlich will der Innensenator künftig rechts- oder gar verfassungswidrigen Bestrebungen glaubwürdig entgegenzutreten, wenn er selber im Geruch steht, es mit den Grundrechten nicht so genau zu nehmen? Wie will Lummer als Dienstherr der Polizei künftig eigentlich gewährleisten, daß sich seine Beamten im Einsatz streng an Recht und Gesetz halten, wenn er selber dazu ermutigt, Probleme auch außerhalb von Recht und Gesetz zu bewältigen?

Wie will man eigentlich jungen Menschen Vertrauen in den Rechtsstaat vermitteln, wenn der Bürgermeister und Innensenator selber offensichtlich nur begrenztes Vertrauen in Problemlösungsfähigkeit des Rechtsstaates besitzt? Was will man eigentlich Anwärtern für den öffentlichen Dienst antworten, die erklären, sie hielten es mit den Grundrechten nicht anders als der Innensenator?

Heinrich Lummer, Innensenator u n d Berliner Bürgermeister, hat offensichtlich ein gebrochenes Verhältnis zum demokratischen Rechtsstaat. Die Glaubwürdigkeit des gesamten Senats steht in dieser Frage auf dem Spiel. Richard von Weizsäcker darf sich jetzt nicht wieder - wie schon so oft - wegducken und zur Tagesordnung übergehen. Die Berliner Sozialdemokraten erwarten ein klares Wort des Regierenden Bürgermeisters.

(-/9.5.1983/ks/ca)

+ + +

